

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Samstag, 22. November 1952

Blatt 1776

Debatte über die Wiener Stadtplanung  
=====

Die Sitzung des Wiener Gemeinderates

22. November (RK) Stadtrat Thaller (SPÖ) erstattete den Bericht der "gemeinderätlichen Kommission für die Vorberatung von Entwürfen für den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan" von Wien. Er führte zunächst grundsätzlich aus, es stehe außer Zweifel, daß eine Stadt von der Größe und Lebendigkeit wie Wien sich über die Erfordernisse im Klaren sein muß, nach welcher Richtung ihre Entwicklung wünschenswert wäre. Die Notwendigkeit des Umbaues unserer Stadt, die Änderung des bestehenden tiefen Wohnungsstandards, aber auch die Anpassung an die Entwicklung der modernen Verkehrstechnik und die Änderung der gesellschaftlichen Schichtung der Stadt in den letzten 50 Jahren haben bewirkt, daß die Entwicklung des Stadtkörpers völlig anders verlaufen ist, als man vor der Jahrhundertwende gedacht hätte. Es war daher notwendig, den gesamten Komplex der Stadtentwicklung wieder aufzugreifen und die erforderlichen Veränderungen zu überlegen, um die laufenden baulichen Probleme erfolgreich zu lösen. Die umfangreiche soziale Wohnbaupolitik der Gemeinde hat diese Frage noch brennender gemacht. Wenn außerdem die Wohnung nicht mehr nur dem Begriff "Ware" untergeordnet ist, so müssen auch im Städtebau andere Gesichtspunkte Gültigkeit haben. Der soziale Städtebau muß in Zukunft die Grundlage für das Wien der nächsten Zukunft bilden. Die Aufgabe einer neuen Stadtplanung wäre nun, unter Berücksichtigung der Gegebenheiten die neuen Richtlinien für die Entwicklung Wiens festzulegen. Das heißt, einen neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan anzulegen. Daß diese Planung neben den neuen Erfordernissen auch die alten Bestände berücksichtigen müßte, soweit sie nicht zukünftig hemmend wirken, ist

selbstverständlich, ebenso daß die Realisierung der neuen Planungen eine geraume Zeit erfordern wird. Entscheidend muß sein, die zukünftige Gestalt der Stadt durch geeignete Raumplanungen nach einer Richtung zu steuern, das heißt, daß darauf vorschauend Bedacht genommen werden muß, die weitere Entwicklung des Gefüges der Gesellschaft so zu berücksichtigen, daß zukünftige Generationen ihren eigenen baulichen Rahmen neu gestalten können.

Eine solche Aufgabe ist natürlich unerhört schwierig und konnte nur durch ein wissenschaftlich arbeitendes Team von Spezialisten geleistet werden. In der Erkenntnis dieses Umstandes hat sich die Gemeindeverwaltung seinerzeit entschlossen, im Stadtbauamt eine Gruppe von Fachleuten mit den Aufgaben dieser neuen Stadtplanung zu betreiben. Prof. Brunner wurde am 8. November 1948 nach einem einleitenden Referat vor dem Wiener Gemeinderat mit der Leitung dieser Aufgaben betraut. Es wurde vereinbart, daß innerhalb von 30 Monaten diese Agenden bearbeitet würden. Prof. Brunner hat in Erledigung seiner Aufgaben eine große Zahl von Plänen, Untersuchungen und Vorschlägen erstattet. Um die äußerst umfangreiche Materie vorzusichten, war es notwendig, eine Kommission aus Mitgliedern des Gemeinderates zu bilden, die in Zusammenarbeit mit Fachleuten des Stadtbauamtes und anderen Dienststellen dem Gemeinderat einen Bericht geben sollten. Darum wurde die gemeinderätliche Kommission zur Vorberatung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne der Stadt Wien aufgestellt.

Im Zuge der Besprechungen wurde auch eine Unterkommision für Verkehrsplanung ins Leben gerufen.

Stadtrat Thaller schilderte sodann im einzelnen die Zusammensetzung und die Aufgaben der beiden Kommissionen, die insgesamt 50 Beschlüsse faßten und als Empfehlungen an den Gemeinderat weiterleiteten. In einer Enquete über die Stadtplanungsvorschläge, die am 14. November abgehalten wurde, hatten die Mitglieder des Gemeinderates außerdem die Möglichkeit, die Meinung der Fachleute zu hören.

Im folgenden gab der Referent einen Überblick über die wichtigsten Vorschläge der Stadtplanung. Dazu zählt vor allem die Verkehrsplanung. Es handelt sich dabei, wie Bürgermeister Jonas bereits bei der Enquete angedeutet hat, nicht um formale Lösungen, sondern vor allem um Überlegungen allgemein bevölkerungspolitischer, soziologischer und wirtschaftlicher Art. Stadtrat

StR. Thaller erinnerte in diesem Zusammenhang, daß in Wien zur Zeit doppelt so viel Menschen sterben wie geboren werden, daß die Zuwanderung nicht mehr aus dem Osten erfolgt und viele Landflüchtige in die Landeshauptstädte ziehen. Besonders in den Arbeitervierteln steigt der Prozentsatz der Überalterung rapid. Die Industrie in den dicht verbauten Arbeiterbezirken leidet an Raummangel für ihre Modernisierung. Die Versteppung des Wiener Raumes nimmt bedrohliche Dimensionen an. Diese Überlegungen müssen ernsthaften Einfluß auf die Stadtplanung haben.

Im einzelnen auf die Empfehlungen der Unterkommission für Verkehrsplanung eingehend, nannte Stadtrat Thaller die Verlängerung der Gürtellinie über den Margaretengürtel ein brennendes Problem, ebenso die Verlängerung der Stadtbahn nach Floridsdorf. Auch an den direkten Gürtelverkehr Hütteldorf-Heiligenstadt soll festgehalten werden. Bezüglich der Festlegung der U-Bahntrassen ist man zu dem Ergebnis gekommen, weitere Detailarbeiten bis zur Auswertung der Volkszählung zurückzustellen. Weiter wurde angeregt, die Trassenführung neu zu studieren.

Was den Straßenverkehr anlangt, hat man empfohlen, die prinzipiellen Grundsätze der Autobahnen unangetastet zu lassen. An eine Verlegung der Westtrasse ist gedacht, für die Südtrasse wird eine weiter östlich vorgeschlagen. Für Nord ist an einem Ausbau in den nächsten Jahren nicht zu denken. Die Stadtplanung hat auch Projekte für neue Radial-, Transversal- und Gürtelstraßen verfaßt.

Als sehr dringend werden die Regulierung der Gürtelstraße vom Margaretengürtel bis zur Heiligenstädter Straße bezeichnet, ferner der Ausbau der Wientalstraße und andere. Als dringend wurden genannt: Verlängerung des Gürtels nach Floridsdorf, Regulierung der Wiener Straße beim Kahlenbergedorf, Verlängerung der Unteren Donaustraße nach Praterhauptallee u.a. Weiter wurden Reformen von Verkehrskreuzungen, die Schaffung eines Autobusbahnhofes und Autoparkflächen vorgeschlagen. Empfohlen wurde besonders eine Verkehrsreform am Karlsplatz, Reform der Straßenkreuzung Alser Straße - Universitätsstraße, Entlastung der Schottengasse, Regulierung des Pratersternes, der 2er-Linie, Autobusbahnhof am Karlsplatz, Verkehrsreform am Naschmarkt u.a. Einige dieser Projekte werden, wie StR. Thaller ankündigte, vielleicht bald in Angriff genommen werden.

Über die Bezirksregulierungspläne wurden Richtlinien formuliert; die Vorschläge und Studien liegen in Plänen für die Bezirke 1 bis 11 sowie für <sup>einige</sup> anschließende Bezirke und für die alten Ortskerne der äußeren Bezirke vor. Sie sollen ständig ergänzt werden. Details wären vor allem für den 1. Bezirk zu nennen. In der Hauptsache handelt es sich um städtebauliche, künstlerische und verkehrstechnische Erfordernisse. Straßendurchbrüche kommen als aktuelle Maßnahmen nicht in Betracht, doch ist eine Entlastungsstraße zur Kärntner Straße im Zuge der Seilergasse-Riemergasse für später nötig. Am Franz Josefs-Kai sind Autoparkplätze vorgesehen, ferner denkt man an eine Verlängerung des Schottenringes nach der Leopoldstadt.

Außerdem wurden größere Verbauungspläne von der Stadtplanung vorgeschlagen. Hier sind vorgeschlagen der Umbau des Krankenhausviertels im 9. Bezirk, die Grünflächenplanung und Verbreiterung der Straßen, wo es notwendig ist.

Nach Ansicht der Kommission scheint es zweckmäßig, von der ausdrücklichen Genehmigung eines neuen Flächenwidmungsplanes für Wien Abstand zu nehmen. Die Kommission empfiehlt aber, der Gemeinderat möge den von der Stadtplanung für den künftigen Flächenwidmungsplan ausgearbeiteten Entwurf als Richtlinie genehmigend zur Kenntnis nehmen und dem Stadtbauamte die Weisung erteilen, bei allen Festsetzungen und Abänderungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ihn als Grundlage für die Anträge zu nehmen. Demnach bliebe der alte Flächenwidmungsplan nach wie vor in Geltung.

Ferner empfiehlt die Kommission, die Einleitung einer systematisch geordneten Städterweiterung. Es wären Studien zur Bildung neuer in sich geschlossener Wohn- und Werkvororte darüber anzustellen, in welchen Lagen in der Umgebung der Stadt und zu welchen Bedingungen größere Grundflächen angekauft werden könnten, weiter darüber, ob, wenn diese Grundstücke für die Anlage von Tochterstätten nicht unmittelbar geeignet sind, der bisherige Eigentümer geeigneter Grundstücke bereit wäre, diese gegen andere von der Gemeinde anzukaufende einzutauschen.

An stadtbaukünstlerischen Projekten der Stadtplanung wurden der Kommission eine ganze Reihe vorgelegt. Sie betreffen die Verbauung des Stephansplatzes, Bezirkseingänge für die Leopoldstadt und für Favoriten, Marktanlagen, den Westbahnhof-Vorplatz, den

Umbau des Pötzleinsdorfer Schlössels, die Aufstellung des Mozart-Denkmal, den Waldfriedhof im Leinzer Tiergarten und die Abschlußkulisse für den Heldenplatz hinter dem Messepalast. Die Durchführung dieser Projekte wurde von der Kommission empfohlen.

Es ist kein Zweifel, daß in Wien für eine systematische Grünflächenplanung höchste Notwendigkeit besteht. Zu einer halbwegs einwandfreien Lösung, wie sie der Fragenkomplex der Grünflächenplanung auch im internationalen Ansehen der Stadt fordert, besteht aber kaum eine geeignete gesetzliche Handhabe. Es wird Aufgabe aller interessierten Kreise sein, zu gegebener Zeit die Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Die Stadtplanung beantragt u. a. eine Richtschnur für die konkrete Anwendung der gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen für die Grünflächenplanung, wobei sie außerdem auf die Aufstellung eines Mehrjahres-Mindestprogramms hinweist, in der die Dringlichkeitsstufen eine schrittweise Lösung gewährleisten. Erfolgversprechend wird nur eine prinzipielle Lösung des Fragenkomplexes sein. Die Kommission empfiehlt der Gemeindeverwaltung, den Bericht der Stadtplanung zur Grünflächenplanung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und die Stadtbauamtsdirektion anzuweisen, einen Mehrjahresplan aufzustellen, auf Grund dessen zunächst die Ausweisung der einzelnen Grünflächen im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan beantragt werden soll. Gleichzeitig soll aber auch für die Verwirklichung eine Reihung der zu schaffenden Grünflächen nach Dringlichkeit und Möglichkeit vorgenommen werden.

Da die Erntelandaktionen in großer Zahl die Tendenz in sich tragen, die erste Vorstufe von ungeordneten baulichen Entwicklungen zu werden, scheint es zweckmäßig, sie schrittweise auf jenes Maß zu bringen, das der Versorgungslage entspricht. In Berücksichtigung des Umstandes, daß diese Aktionen noch immer wichtige Flächen des für die Gesamtheit bestimmten öffentlichen Grüns in Nutzung haben, empfiehlt die Kommission die Forcierung der Beseitigung der Erntelandflächen, wozu ein Jahresende besonders geeignet erscheint.

Die Kommission schlägt auch die Schaffung einer wirksamen Kontrolle gegen das wilde Bauen vor. In besonders krassen Fällen hält sie eindeutige Strafsanktionen für erfolgversprechend und empfehlenswert. Im Falle der wilden Siedlung Biberhaufen inmitten des Überschwemmungsgebietes der Donau stehen Kommission, Stadtplanung und Stadtregulierung auf dem Standpunkt, daß dieses Gebiet nicht für Besiedlungszwecke geeignet ist. Der Referent befürwortet hierzu die Zusammenstellung einer kleinen Arbeitsgruppe von Fachexperten, die der Stadt geeignete konkrete Vorschläge im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden zu erstatten hätte.

Da alle Stadtplanungsarbeit solange eine Arbeit ohne Erfolg ist, solange nicht die Bodenfrage gelöst ist, muß sich die Stadtverwaltung darüber klar sein, daß nur durch Aufwand besonderer finanzieller Mittel ein einigermaßen befriedigender Erfolg erzielt werden kann, solange nicht andere, gesetzliche Maßnahmen herangezogen werden.

StR.Thaller stellte abschließend den Antrag, die Arbeiten der Kommission gemäß dem Kommissionsbericht zur Kenntnis zu nehmen, den Empfehlungen der Kommission betreffend die Stadtplanungsarbeiten gemäß dem Berichtswerke von Prof. Brunner zuzustimmen und der Kommission die Entlastung für ihre Arbeiten zu erteilen. (Starker anhaltender Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Dipl. Ing. Witzmann (SPÖ) bezeichnete die Aufgabe, ein Urteil über das vorliegende Berichtswerk zu geben, als nicht leicht. Er verweist darauf, daß Wien in den letzten Dezennien Entwicklungen und Veränderungen mitgemacht habe, wie vielleicht keine Großstadt der Welt. Bis 1918 war sie Haupt- und Residenzstadt mit allen Zentralstellen der Wirtschaft und der Kultur. Dann folgte der Zusammenbruch und Wien war plötzlich die Stadt eines kleinen Landes, abgerissen vom wirtschaftlichen Hinterland und losgelöst von den Rohstoffbasen. Dies brachte große gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzungen. Dann eine neue Entwicklung: Wien wurde eine Landeshauptstadt, die politisch und wirtschaftlich nach Norden ausgerichtet war und nach fremden Gesichtspunkten verwaltet wurde. Und schließlich nach dem Zusammenbruch des Nazisystems eine schwer beschädigte Stadt, die in fünf Zonen geteilt wurde. Auch auf die technische Entwicklung vom Zeiserlwagon zum Flugverkehr soll nicht vergessen werden. Es

wurde nun versucht die möglichste Lösung zur Überwindung aller Schwierigkeiten zu finden, die durch diese gesellschaftliche, wirtschaftliche und technische Entwicklung entstanden ist. Aufgabe der Stadtplanung muß es sein, daß die ganze Stadt als Wohnraum künftiger Geschlechter betrachtet werden muß. Dazu bedarf es der Grundlagenforschung, die bereits nach 1945 begonnen wurde. Die Planung soll der Versuch sein, alle Bereiche des menschlichen Lebens in ihren Beziehungen und Wechselwirkungen zu überschauen und dementsprechende Nutzenanwendung zu ziehen. Die Arbeit des Stadtplaners muß durch die Ärzte, Architekten, Ingenieure, Klimatologen und alle anderen Wissenschaftler und Fachleute ergänzt werden. Der Redner erklärt, die ungeheuer schwierige Materie zwingt eine gewisse Distanz zu schaffen, um die Probleme, die hier skizziert wurden, in ihrer vollen Tragweite zu erfassen. Die Beantwortung und das beste Urteil über die eine oder andere Frage müsse der Zeit und der Zukunft überlassen werden. Das hier Geschaffene ist der Versuch zu einer Form nach der Erfüllung.

Von besonderer Wichtigkeit erscheint dem Redner der Zusammenhang zwischen Bevölkerungspolitik, Bevölkerungsumschichtung und dem sozialen Wohnungsbau und damit auch der Planung. In Wien sterben zu viele Menschen; viel mehr als geboren werden. Wien stirbt in erster Linie in den Proletarierbezirken aus. Eine Ursache liegt wohl darin, daß 70 Prozent der Bevölkerung in finsternen Zimmer-Küchewohnungen leben, von denen viele ihren Ausblick in Hinterhöfe haben. Man weiß aber auch, daß in den Neubauten des sozialen Wohnungsbaus glückliche und zufriedene Menschen leben, mit einer neuen Lebensauffassung und einer modernen Wohnkultur und daß diese Menschen in viel höherem Ausmaß bereit sind, in diesen gesunden Wohnungen ebenso glückliche und zufriedene Kinder zu erziehen, die die Garanten der Entwicklung und der Zukunft unserer Stadt sind. Daraus ersieht man, daß der Bevölkerungsnachwuchs unserer Stadt davon abhängt, wie Wien baut.

Der Redner spricht sodann von der Wichtigkeit der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels. In vielen Fragen unserer Stadtplanung müsse auch innig mit Niederösterreich und den Landesplanern zusammengearbeitet werden.

Abschließend erklärt GR. Witzmann, daß noch bei vielen Sitzungen Gelegenheit sein wird, zu diesem Berichtswerk Stellung zu nehmen und sich intensiver mit den Problemen zu beschäftigen.

GR. Dr. Matejka (LBl.) bedauert, daß GR. Witzmann sich nicht eingehender mit dem Bericht Prof. Brunners befaßt habe. Er spricht auch sein Bedauern darüber aus, daß bei der Stadtplanungs-Enquete die Gemeinderäte von der Möglichkeit vor Fachleuten zu diskutieren nicht Gebrauch gemacht haben. Er bezeichnet es als undemokratisch die Fachleute getrennt von den Politikern zu verschiedenen Anlässen diskutieren zu lassen. Er gibt zu bedenken, daß von den rund 700.000 Wiener Wohnungen etwa 100.000 zerstört sind. Es bleiben also 600.000. Wenn die Lebensdauer eines Hauses hundert Jahre beträgt, werden jährlich 6.000 Wohnungen abbruchreif. In einigen Jahren ist dies eine ganze Stadt. Der Stadtplaner soll nun darüber Aufschluß geben, was an Stelle dieser verfallenden Wohnungen kommt. Wie wird also gebaut, bzw. verbaut? Darum geht es in erster Linie, alle anderen Fragen des Um- und Neubaus kommen erst in zweiter Linie. Diese Forderung erfüllt der vorgelegte Plan jedoch nicht. Der Stadtplaner hat sich nicht mit Detaillösungen oder Einzelfragen zu beschäftigen sondern die Gesamtgesundheit einzuleiten.

Es sollte ein Bild von Wien vor unseren Augen erstehen, führte Dr. Matejka weiter aus, in dem sich die Schönheit nicht nur auf die Ringstraße und ein paar historische Gebäude beschränkt. Die zahllosen menschenunwürdigen Elendsquartiere unserer Stadt sind nicht nur die Folge eines gewissenlosen Spekulantentums, sondern auch deswegen da, weil früher die Wissenschaft von der Stadtplanung nicht entwickelt war. Heute ist die Stadtplanung aber auch zu einer großen politischen Aufgabe geworden. Wesentlich bei der Stadtplanung ist und bleibt jedoch, daß sie an der Beseitigung der Sünden der Vergangenheit arbeitet. Statt dessen aber wird ein Plan vorgelegt, der bis auf kleinere Reformen den alten Zustand der zu engen Verbauung und der spärlichen Grünflächen verewigt.



Dr. Matejka sprach dann über seine Ausführungen bei der Enquete und unterstrich seine damals geäußerten Ansichten von einer revolutionierenden Stadtplanung. Er macht Prof. Brunner den Vorwurf, daß dieser die Grundlagenforschung zugunsten zersplitterter Detailplanungen vernachlässigt habe und erinnert an die Worte des heutigen Bundespräsidenten anlässlich des Wettbewerbes "Paulinengasse", bei dem dieser die Architekten zu revolutionären Taten aufforderte. Nach vier Jahren erfolglosen Planungsversuchen hat daher der Gemeinderat die Pflicht, mehr denn je zu verlangen, daß sich die Planung auf sorgfältige Analysen stützt. Wenn ein Stadtplaner, so betonte der Redner, sich allzusehr mit Details beschäftigt, erweckt das den Verdacht, daß er von Wesentlichem ablenken will.

Im folgenden ging Dr. Matejka neuerlich auf eine Reihe von Fragen ein, die er bereits bei der Enquete am 14. November an Prof. Brunner gerichtet hatte. Wo sind Pläne zur Sanierung und Auflockerung bestimmter Wohngebiete, fragt er, wie z.B. des Nibelungenviertels im 14. und 15. Gemeindebezirk? Wo sind weiter Pläne für den Verkehr in der Inneren Stadt, für große Parkplätze in der Inneren Stadt, für zusammenhängende Grünflächen, die vom Wald- und Wiesengürtel bis unmittelbar in die Stadt hereingezogen werden, und für ein dichtes Netz von Sport- und Spielplätzen, die auf ganz Wien verteilt werden? Es fehlen grundlegende Untersuchungen über den Bauzustand der einzelnen Baublocks, die Rechenschaft geben, wann diese Gebäude abbruchreif werden. Es fehlen weiter durchgreifende Grundlagenforschungen. Was ist das für eine Stadtplanung, fragt Redner, die für die Projektierung der U-Bahn erst die Ergebnisse der Volkszählung abwarten will?

Als Beispiele, wie unzureichend, ja falsch geplant werde, bringt er das Beispiel des Stephansdomes, in dessen Umgebung die Häuser wieder zu hoch gebaut wurden, und die geplanten Bezirkseingänge, die auf eine antiquierte, romantische, falsche Auffassung von Stadttoren zurückgehen. Ängstlich würden wirkungsvoll durchgreifende Maßnahmen vermieden. Wo ist in Wien eine aktive Bodenpolitik? Wo sind Angaben über den Grundbesitz der Gemeinde? Was geschieht, damit die Ödflächen in den zerbombten Gebieten nicht spekulationsobjekte, sondern Luft- und Lichtreservoirs werden?

Dieses Buch über die Planung mag vielleicht ein Planungslexikon dafür sein, wie man es nicht machen soll. Der Plan selbst bedeutet ein Weiterwursteln auf Jahre hinaus, er bedeutet Fehlinvestitionen. Die Wiener Bevölkerung hat aber das Recht, zu verlangen, daß ein Städteplan ausgearbeitet wird, der in stufenweiser Verwirklichung in Verbindung mit dem natürlichen Vorfalle und mit der richtigen Lenkung der Investitionen die Umgestaltung der Stadt in einen neuen festen Lebensraum gewährleistet. Dafür hat die Bevölkerung lange genug gekämpft und gelitten. Alles, was wir bisher an sogenannter öffentlicher Diskussion über den Städteplan gehört haben, ist völlig unzureichend. Der Linksblock fordert daher, daß die Bevölkerung in weitestem Ausmaß Gelegenheit hat, in öffentlicher Diskussion am Plan der Stadt demokratisch mitzuarbeiten. Der Linksblock wäre nicht in der Lage, diesem Bericht zuzustimmen. Er verlange vielmehr eine Klarstellung, warum die bisherigen Städteplanungsversuche mißlungen sind. Er verlange eine gründliche Untersuchung der Hintergründe dieses Mißlingens in personeller und organisatorischer Hinsicht. Er verlange nach wie vor im Interesse einer menschenwürdigen Entwicklung unserer Hauptstadt zu einer Kulturstadt eine Planung nicht gegen sondern für Wien.

GR. Ing. Haider (WdU) nennt das Werk der Städteplanung eine Investition von viel Arbeit und Fleiß. Aber auch die Unabhängigen vermissen in dieser Städteplanung eine gewisse Großzügigkeit. Sie sehen in ihr ein Überwuchern der Detailarbeit, die vermutlich ihren Grund in finanziellen Überlegungen hat. Außerdem ist zuwenig Rücksicht auf frühere Planungsarbeiten genommen worden. Das Projekt eines Hochhausviertels wurde vernachlässigt, und die Möglichkeit der Ausnützung der Uferlandschaft am zerstörten Kai außer acht gelassen. Die ganze Planung weise einen gewissen Zug "wie wenn" und "als ob" auf. Man suche vergeblich einen festen Standpunkt, von dem aus man sich über die Planung einen Überblick verschaffen könnte. Alles sei von Zufälligkeiten und künftigen Gegebenheiten abhängig gemacht. Es wäre eine Städteplanung, die vielleicht als Augenblickswerk recht schön, für die Zukunft aber nicht zu gebrauchen ist. Auch gerade das von der Wiener Bevölkerung am sehnlichsten erwartete richtige Siedlungsgebiet ist nicht vorgesehen. Leider wurde auch ein Projekt

über die Abwässerverwertung außer acht gelassen. Zum Thema U-Bahn erklärt der Redner, daß hier hätte Vorsorge getroffen werden müssen, auch wenn der Bau einer U-Bahn derzeit wegen Geldschwierigkeiten noch nicht möglich ist. Er spricht für seine Fraktion die Hoffnung aus, daß die in der Debatte aufgezeigten Mängel in aller nächster Zeit bereinigt werden.

GR. Arch. Lust (ÖVP) bezeichnet es als grundlegenden Irrtum, wenn immer von einer neuen Stadtplanung gesprochen wird. Das Berichtswerk spricht nicht von einer kompletten Neuplanung, sondern ausdrücklich von Vorschlägen und Entwürfen zur Stadtplanung, die sich nach einem Gesamtkonzept richten. Dieses ist freilich nicht großzügig und richtungsweisend, sondern paßt sich stark an die bestehende Struktur unserer Stadt an. Das Konzept ist real eingestellt, aber es ist eben nicht auf eine Stadtplanung auf weite Sicht ausgerichtet sondern eine Zusammenfassung von Ideen und Gedanken für eine künftige große Endplanung. Der Redner erklärt, es müsse sich die Erkenntnis durchringen, daß auch ein schöpferischer Geist solche gewaltige Probleme, wie es eine neue Stadtplanung ist, nicht allein, sondern nur durch kollegiale Mitarbeit aller Fachleute und durch die Einbeziehung aller Wissenszweige lösen kann. Er bezeichnet es als eine wunderbare Aufgabe an der Stadtplanung mitarbeiten zu können. Es muß alles getan werden, um das Leben in unserer Stadt menschenwürdig zu machen.

Prof. Brunner hat Ideen und Vorschläge unterbreitet, die einer ernsten Arbeit und Fortsetzung bedürfen. Wenn eine große Zukunft unsere Stadt zu einer großen Aufgabe berufen wird, dann wird der Zeitpunkt da sein, größer und schöner zu gestalten und einen wirkungsvolleren Stadtplan zu erstellen. Bei all dem muß oberster Grundsatz sein, daß eine Stadt nicht ohne Rücksicht auf den Menschen und seine Kulturgüter geformt werden darf. Der Redner fordert dazu auf, mit der Realisierung der für die nächste Zukunft bereits klar liegenden Probleme zu beginnen und die Arbeit des Berichtswerkes fortzusetzen, damit unsere Heimatstadt jetzt und in der Zukunft in Ehren bestehen kann.

GR. Bock (SPÖ) stellt mit Befriedigung fest, daß für die Schaffung von Grünflächen, Sportplätzen, Parkanlagen und Kleingärten Vorsorge getroffen wurde.

Besonders erfreulich ist auch die Berücksichtigung der Wichtigkeit des Wald- und Wiesengürtels. Er erinnert daran, daß die Stadtverwaltung im Jahre 1945 bereits begonnen hat, die schwer zerstörten Parkanlagen neu zu gestalten. Trotzdem stellt er das Ersuchen, die mit 5 m<sup>2</sup> pro Kopf festgelegte Grünfläche auf 7 m<sup>2</sup> zu erhöhen, wie dies auch in internationalen Forderungen festgelegt ist. GR. Bock richtet die Frage an die zuständigen Stellen, ob Pläne über den Ausbau des Postsportgeländes vorliegen, da er dieselben vermisst.

Als brennendes Problem bezeichnet er die Lösung der Grablandaktion. Für die Beschauer sind diese Grablandstücke keine Augenweide. Insbesondere gilt dies für jene Teile, die in den Wald- und Wiesengürtel hineinreichen. Der Wald- und Wiesengürtel wäre nicht nur für die Erholung sondern auch für die Gesundheit unserer Bevölkerung von großer Wichtigkeit.

GR. Maller (LBI) bekrittelt zunächst die Ausführungen seiner Vorredner. GR. Witzmann (SPÖ), so sagt er, habe heute versucht, den Ton in dieser Diskussion anzugeben. Er habe versucht, den Gemeinderat die Note aufzudrängen, Wahlreden zu halten. Dies sei ihm aber schlecht gelungen. GR. Lust (ÖVP) habe hingegen eine Pflichtrede wider sein besseres Wissen gehalten.

Über die Stadtplanung selbst, die der Redner als Mißgeburt bezeichnet, sagt er, sie dokumentiere die Unkenntnis der Wünsche des Volkes. Der Redner beschäftigt sich dann vor allem mit der gegenwärtigen Wohnungsnot und dem Zustand der Wiener Häuser und sagt, hier sollte man wirklich planen, um neue Stadtviertel errichten zu können. Man erwarte einen Plan, der u.a. zeigt, wo die Stadt aufgelockert werden muß. Daneben ist es notwendig, für Schulen, Ambulatorien, Kindergärten, Erholungsstätten u.a. zu sorgen. Dies alles vermisse man in diesem Plan. Die Aufgabe der Stadtplanung sei es, die Stadt nach den Bedürfnissen der Bewohner einzurichten. Sie muß schön, bequem und modern sein. Der Redner stellt auch die Frage, ob die Gesamtheit der Wiener Architekten die Möglichkeit der Mitarbeit bekommen habe und ob die Wiener Bevölkerung nach ihren Wünschen gefragt worden sei. Er bespricht dann eine Reihe ihm dringlich erscheinende Fragen, wie die Neugestaltung der Alten Donau, die Schaffung eines modernen Spitals in Floridsdorf, die Errich-

tung neuer Schulen u.a. Abschließend sagt GR. Maller, Wien brauche jedoch nicht nur einen Plan, sondern endlich auch einen wirkungsvollen Aufbau der Stadt. Er zieht im Vergleich dazu die Planung in den großen Städten der osteuropäischen Länder heran. Da aber die vorliegende Stadtplanung von Wien nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht, müsse sie seine Fraktion ablehnen.

Dr. Prutscher (ÖVP) sieht in der Diskussion über die Stadtplanung keinen Schluß, sondern einen Beginn der Planung, wie auch die Enquete keineswegs als Schlußstein anzusehen war. Der Gemeinderat werde sich mit den Einzelheiten der Planung noch sehr eingehend beschäftigen müssen.

Wie müssen wir nun in der Arbeit weitergehen?, fragt der Redner. Die grundlegenden Unterlagen und Anregungen als erste Stufe sind vorhanden. In Zukunft wird es unsere Aufgabe sein, diese Unterlagen und Anregungen laufend zu prüfen und dann festzustellen, was tatsächlich verwirklicht werden kann. Dabei ist von Bedeutung, was unserer Bevölkerung als erstes nützt, was am notwendigsten ist, und hier dürfte eines der ersten Probleme das des Verkehrs sein. Eine wesentliche Voraussetzung für die Auflockerung des Stadtbildes ist nämlich die Prüfung, wie man am raschesten die Verkehrsverbindungen schafft. Wichtig ist vor allem die Zusammenarbeit zwischen Stadtbahn und Bundesbahn. Auch um das Problem der zumindest vorläufigen Planung der U-Bahn werden wir nicht hinwegkommen. Ganz unabhängig davon, wann wir uns eine U-Bahn leisten können, muß festgelegt werden, was und wo etwas geschehen soll, damit nicht etwa unser Planen von morgen gestört wird. Eine der nächsten Aufgaben ist eine endgültige Flächenwidmung und -regulierung. Sehr bald sollte auch die Frage des Hafens, die leider schon allzuoft zurückgestellt wurde, in Angriff genommen werden, wie auch die Frage, wo der Flughafen entgeltlich placiert werden soll.

Beginn und Ende der Planung ist die Frage der Finanzierung. Die Tatsachen sprechen dafür, daß wir das Optimum an Steuerleistung bereits überschritten haben.

Eine andere wohlbegründete Ansicht meint daher, daß wir die Lasten nicht einer Generation allein aufbürden sollten. Die Finanzpolitik unseres Staates hat durch eine gewisse Stabilität der Währung eine sehr wesentliche Voraussetzung für eine Kreditaufnahme geschaffen, wodurch eine Aufteilung der Lasten auf mehrere Generationen möglich wäre. Eine weitere Möglichkeit der Finanzierung des Aufbaues besteht aber auch darin, daß die Gelder nicht nur von einer Hand gegeben werden, sondern daß getrachtet wird, auch den Einzelwillen im Rahmen der großen Linie mitwirken zu lassen.

Der Plan soll zur Entfaltung Wiens führen. Kleinlicher Egoismus wird dabei sicherlich dem Gesamtwohl weichen müssen. Zu der Entfaltung Wiens wird aber nicht beharrlicher Eigensinn, auch nicht eine größtmögliche Machtentfaltung irgend eines Amtes führen; der Plan wird dann Erfolg haben, wenn er nicht eine Zwangsjacke für die Bürger unserer Stadt wird, sondern wenn er für alle Pläne der Bürger unserer Stadt das Strombett wird, das alle Kräfte unserer Stadt sammelt. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Planek (SPÖ) nimmt zu einer Teilfrage des Berichtes Stellung, und zwar zu der Frage der Altstadt-Erhaltung und zu der Frage der Ortskern-Erhaltung und -Pflege. Die Frage der Altstadt-Erhaltung betrifft eine Auseinandersetzung des alten Bestandes mit der Gegenwart und mit den Problemen, die die neue Stadt und ihre Entwicklung aufwirft. Bei der Altstadt-Erhaltung, vor allem der Erhaltung der historisch wertvollen Bauten, deren wir in Wien so viele haben, geht es darum, Wahrzeichen, ehrwürdige Zeugen der Vergangenheit, der Gegenwart zu erhalten, es geht aber dabei auch um Objekte und Stadtviertel, die für den Fremdenverkehr von großer Bedeutung sind, es geht um wirtschaftliche, um architektonische Werte und vielfach um wertvolle Kunstschatze. Mit der Altstadt-Erhaltung ist untrennbar auch eine entsprechende Entkernung und Sanierung dieser Gebiete verbunden.

Bei der Ortskern-Erhaltung, der Erhaltung gewisser Ortsbilder, muß man einerseits jene alten Ortsbilder unterscheiden, die noch in ihrer natürlichen Umgebung stehen und die erhalten und gepflegt werden sollen, andererseits solche, die diese natürliche Verbindung verloren haben und an deren Sanierung geschritten werden kann. Redner schließt mit dem Appell, bei der Stadtplanung der Altstadt-Erhaltung und der Ortskernpflege ein besonderes Augenmerk zu widmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Thaller gibt in seinem Schlußwort der Freude Ausdruck, daß der Gemeinderat den Fragen der Stadtplanung ein so großes Interesse zugewendet hat. Die heutige Debatte zeigt deutlich, wie stark das Interesse für diese Fragen überall und ganz besonders in der Gemeindeverwaltung gewachsen ist. Die Debatte hat aber auch gezeigt, daß keine einheitliche Meinung über die Methoden zu erzielen ist. Dies war kaum anders zu erwarten. Viel Positives wurde jedoch gesagt, aber auch viel stark kritisiert.

Der Referent ging dann auf die Ausführungen der einzelnen Debattenredner ein und bemerkte zunächst zu den Ausführungen von Dr. Matejka, daß sie eine Überspitzung darstellen, die er als Redner der Opposition sich leisten kann.

Wenn GR. Ing. Haider meint, daß in dem Bericht zu viele Details enthalten sind, so möge er jedoch die große Linie nicht übersehen, die sich durch alle Detailprojekte hindurch zeigt. Der Auftrag von Prof. Brunner sei zwar zu Ende, nicht aber die Stadtplanung. Viele Abteilungen in der Stadtbaudirektion werden sich weiter damit beschäftigen. Was dem Bau der U-Bahn betrifft, sagte Stadtrat Thaller, so sei es vollständig müßig, sich heute damit zu beschäftigen, wenn man genau wisse, daß man die U-Bahn im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bauen kann.

GR. Bock hat einige Fragen behandelt, auf die Stadtrat Thaller näher einging. Was z.B. den Postsportplatz in Hernals angehe, so habe der Gemeinderat im Dezember 1950 eine Widmung für dieses Gebiet als Erholungsfläche vorgenommen. Die Grundstücke sind derzeit leider nicht im Besitz der Gemeinde Wien.

Leider mischen sich auch die Besatzungsmächte und besonders eine Besatzungsmacht in die Planung ein. Der Ausbau einer großen Wohnhausanlage kann nicht durchgeführt werden, weil die Besatzungsmacht es verboten hat, eine dort im Weg stehende Fabrik zu räumen. Es kann auch das Ernteland nicht saniert werden, weil die Besatzungsmacht dagegen Einspruch erhoben hat. Unter dem Beifall der Sozialisten erklärt Stadtrat Thaller, man solle der Gemeinde nicht in die Hände fallen und sie die Planung der Stadt in Ruhe durchführen lassen. (GR.Dr. Matejka: Stadtplanung - Russenhetze) Das ist keine Russenhetze, aber die Besatzungsmacht hat sich in solche Dinge nicht einzumischen! (Demonstrativer starker Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Erregt ruft StR. Thaller aus: Es ist eine Willkür, die ihre Ursache auch in der Intervention der Kommunistischen Partei hat. (Pfuirufe aus den Bänken der Mehrheitsparteien. GR. Jirava (SPÖ) zu den Kommunisten: Aha, jetzt seid's stad! Erneute Zwischenrufe.)

Nach diesem Intermezzo bespricht der Referent die Ausführungen von GR. Maller. Er betont, daß seine Feststellungen über die Wohnungsnot schon von ihm selbst gemacht worden sind. Was das Gebiet der Alten Donau anlangt, könne er sagen, daß ein fertiger Plan besteht. Zu der Frage eines modernen Spitals im 21. Bezirk müsse bemerkt werden, daß es in Wien schon zu viele Spitäler gibt, nur müßten sie besser verteilt sein. Auch auf dem Gebiete des Schulwesens sind gerade in letzter Zeit ernste Planungen angestellt worden. Wo ein wirklicher Schulbedarf besteht, werden auch neue Schulen gebaut. Da GR. Maller auch vom Wiederaufbau in Moskau und Stalingrad gesprochen hatte, bemerkt StR. Thaller hierzu, daß man mit Robotern und Zwangsarbeitern leicht bauen könne. (Zwischenrufe vom Linksblock.)

Zu den Fragen von GR. Dr. Prutscher über den Ausbau des Hafens bemerkt der Referent, daß dafür Pläne vorliegen, die von beiden Ministerien genehmigt sind. Wenn der Donauverkehr etwas in Fluß kommt, wird die Gemeinde auch dort ihre Pflicht erfüllen. Auch über einen Lufthafen sind endgültige Pläne erstellt. Doch ist bekanntlich von einer österreichischen Luftfahrt augenblicklich nicht die Rede.

GR. Planck habe eine Frage besprochen, die sicher allen sehr am Herzen liegt. Der Referent sagte, er meine, daß man ohne in Tradition zu schwelgen sich dazu bekennen müsse, Wertvolles zu erhalten, aber Ungesundes, auch wenn es alt ist, zu entfernen.

Über die vor einer Woche abgehaltene Enquete bemerkte der Referent, daß sie ausdrücklich zur Information der Mitglieder des Gemeinderates bestimmt war. Die Gemeinderäte sollten sich nicht nur aus dem vorliegenden Bericht ein Urteil bilden. Man wollte vielmehr mit Absicht auch die Fachleute zu Wort kommen lassen. Soweit nun hier in der Debatte persönliche Angriffe gefallen sind, sagte Stadtrat Thaller, so halte er sie nicht nur für geschmacklos, sondern auch für nicht sehr anständig, denn der Angegriffene könne sich hier nicht verteidigen (Vbgm. Weinberger: Sehr richtig! Beifall bei



SPÖ und ÖVP). Es wäre gescheiter und vernünftiger gewesen, alles Persönliche aus dem Spiel zu lassen. Abschließend stellt StR. Thaller noch einmal fest, daß das, was jetzt geschehen ist, einen Anfang und keine Vollendung darstellt. Wir kennen die brennenden Probleme unserer Stadt. Es sind folgende:

Die Struktur unseres Wohnungsstandards ist falsch und daher grundlegend zu ändern.

Die Arbeitsstätten unserer Bevölkerung müssen in eine günstigere Lage in unseren Stadtbereich zu liegen kommen. Neue Industrien dürfen nur mehr in den Industriezonen angesiedelt werden.

Die Überdichte bestimmter Stadtviertel muß verringert und die Stadt systematisch aufgelockert werden.

Man muß dem Gedanken an neue Tochterstädte näher treten und das Wohnbauprogramm sowie die Industrieverlagerungen darin einbeziehen.

Die Stadt muß eine aktive Bodenpolitik führen, die eine Neuanlage geschlossener Stadtviertel erlaubt.

Die wilden Siedlungen müssen saniert werden.

Dem Wald- und Wiesengürtel soll erhöhter Schutz und gesteigerte Aufmerksamkeit zuteil werden.

Dem Gedanken der Landesplanung soll durch die Schaffung geeigneter Maßnahmen in Wien vorgearbeitet werden.

Diese acht Punkte mögen unsere wichtigsten Planungsziele für die nächsten Jahrzehnte sein, um Wien schöner, besser und gesünder zu machen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ)

Der Bericht des Referenten wird ohne die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen.

#### Das Schlußwort des Bürgermeisters

Abschließend nimmt Bürgermeister Jonas vom Platze des Vorsitzenden aus zu dem Thema "Stadtplanung" Stellung. Schon aus den Diskussionsreden, aus dem Bericht und aus dem Schlußwort des Referenten wäre hervorgegangen, bemerkte er, daß gerade der Behandlung dieser Grundfrage eine besondere Verantwortung gewidmet werden müsse. Er führte u. a. aus:

"Was wir jetzt planen und vorausschauen, wird nicht nur unser Leben, sondern mehr noch das Leben unserer Kinder und Enkel beeinflussen."

Wir bereiten ihre Lebensbedingungen vor, ob gut oder schlecht.

Die jetzige Generation der Wiener erhebt in mancher Beziehung berechnete Vorwürfe gegen unliebsame und schädliche Folgen der Städterschließung früherer Jahrzehnte. In wirtschaftlich viel leistungsfähiger Zeit als jetzt entstanden als Folge der hemmungslosen Bodenspekulationen die sogenannten "Armeleutvierteln", die schmucklosen und eng verbauten Stadtteile, in denen sich die 70 Prozent der Wiener in kleinen Zimmer-Küche-Wohnungen befinden. In diesem licht- und luftlosen Vierteln befanden sich die Brutstätten der Tuberkulose und der Rachitis.

Wir müssen aus Fehlern der Vergangenheit lernen und dereinst mit ruhigem Gewissen vor unsere Kinder hintreten und sagen können, daß wir den Grund und Boden, auf dem die Stadt Wien steht, nach menschlichem Ermessen gut geordnet und für die Bevölkerung zum Besten ausnützen.

Die seit Jahren vorgenommene Planungsarbeit war mit einer Überprüfung des jetzigen Zustandes der Stadt verbunden.

Die Aufgabe des Stadtplaners und der Gemeinderätlichen Kommission bestand meiner Meinung nach darin, den jetzigen Zustand der Stadt mit den Notwendigkeiten der Gegenwart und der Zukunft zu konfrontieren und daraus die Schlüsse zu ziehen.

Allerdings war dabei von vorneherein ein unerfreuliches Hindernis zu beachten: die Tatsache, daß unsere Verarmung durch zwei Weltkriege es nicht erlaubt, alles das zu tun, was wünschenswert wäre.

Das Kernstück der Stadtplanung wird der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sein. In ihm sollen die Wohn- und Siedlungsgebiete, die gemischten Baugebiete und die Standortmöglichkeiten für die Industrie festgelegt werden.

Nicht weniger wichtig ist die Bestimmung der Sport- und Erholungsgebiete und der Kleingärtengebiete.

Darin eingeschlossen sind die Probleme des Überganges vom verbauten Stadtgebiet zum landwirtschaftlich genutzten Grund und Boden, des Verhältnisses der Stadt und ihrer Bevölkerung zu ihrer landwirtschaftlichen Umgebung.

Die Möglichkeiten, die der neue Flächenwidmungs- und Bebauungsplan uns für die Zukunft eröffnen soll, werden zusammen mit den Ergebnissen der Verkehrsplanung die Wohn- und Arbeitsbedin-

gungen der Bevölkerung stark beeinflussen. Das wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahr und Jahrzehnte sein, die Wohn- und Arbeitsstätten in ein organisches Verhältnis zu bringen, um die freie Zeit der Bevölkerung durch unnötige Verkehrsprobleme nicht zu verkürzen.

Wir freuen uns feststellen zu können, daß einige Vorschläge, die von der Unterkommission für Verkehrsplanung als vordringlich bezeichnet wurden, schon verwirklicht wurden. Und wir hoffen, daß Schritt für Schritt die wichtigsten und dringendsten Aufgaben auch auf diesem Gebiet erfüllt werden können.

Weil aller guten Dinge drei sind, darf ich das Problem des sozialen Wohnungs- und Städtebaues nicht übergehen. Beide Begriffe verschmolzen durch die Praxis schon zu einer Einheit. In dieser Hinsicht hat auch unsere Planung sozialen Charakter anzunehmen. Jede Planung wäre sinnlos, wenn sie den sozialen Notwendigkeiten nicht Rechnung tragen würde. Ich glaube im Namen des ganzen Gemeinderates sagen zu dürfen, daß wir die Erfüllung sozialer Aufgaben auf dem Gebiete der Stadtplanung als Selbstverständlichkeit anerkennen.

Trotz großer Schwierigkeiten gelingt es uns durch gemeinsame Anstrengungen der ganzen Wiener Bevölkerung, die ersten guten Auswirkungen des sozialen Städtebaues schon zu schaffen. Wir sehen vorerst noch im kleineren Umfang, wie durch die neuen Anlagen des Sozialen Wohnbauprogrammes einige Teile der Stadt schon ein neues Gesicht bekommen. Wir dürfen mit Recht hoffen, daß dies der Beginn einer dauernden Modernisierung und Erneuerung unserer Stadt ist.

Da nun das Berichtswerk der Gemeinderätlichen Kommission und der Unterkommission für Verkehrsplanung vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, erlaube ich mir, den geehrten Mitgliedern beider Kommissionen den Dank des Gemeinderates auszusprechen.

Der gleiche Dank gilt Herrn Prof. Dr. Karl Brunner, der als Hauptreferent in beiden Kommissionen seine Untersuchungen, Vorschläge, Anregungen und Planungen als Grundlage der Beratungen vorgetragen hat.

Durch den heutigen Beschluß des Gemeinderates ist der Rahmen der Planung festgelegt. Ich will die Hoffnung aussprechen, daß das Interesse der Öffentlichkeit an der Planung und Zukunft unserer Stadt noch größer werde als bisher.

Wir müssen uns aber auch im klaren sein, daß der geschickteste Plan ein kurzlebiges Geistesprodukt bleibe, wenn nicht Fleiß bei der Arbeit und Mut zu Entscheidungen seine Verwirklichung ermöglichen.

Der Gemeinderat wird in Zukunft bei vielen Detailentwürfen im Rahmen der Stadtplanung beschäftigt sein. Für seine Beschlüsse werden dann die jetzigen grundsätzlichen Diskussionen von Bedeutung sein.

Und nun mögen alle mithelfen, daß aus Wort und Plan von heute eine erfolgreiche Tat und glückliche Wirklichkeit von morgen werde!"  
(Langanhaltender, starker Beifall).

Zur Beratung gelangt hierauf eine Anfrage der GR. Nora Hiltl, Mazur und Genossen, betreffend politische Terrorisierung von Gemeindeangestellten, deren dringliche Behandlung verlangt wurde.

In Begründung der Dringlichkeit dieser Anfrage führt GR. Hiltl aus, daß in der letzten Zeit Funktionäre der Sozialistischen Partei zu Gemeindeangestellten in die Privatwohnung gekommen seien, um sie zum Beitritt in die Sozialistische Partei aufzufordern. Die Adressen dieser Gemeindeangestellten hätten sie durch die Magistratsdirektion erfahren. Begründet sei die Aufforderung damit worden, daß die Betroffenen als Gemeindeangestellte durch diesen Beitritt ihrem Dienstgeber, der Gemeinde gegenüber eine Geste machen müßten.

Ich möchte feststellen, betont die Gemeinderätin, daß die Gemeindeangestellten von Wien nicht Angestellte einer politischen

Partei sondern Angestellte der Stadt Wien sind, die aus den Steuergeldern der gesamten Bevölkerung bezahlt werden und daher nicht unter Druck gestellt werden dürfen, einer bestimmten politischen Partei beizutreten. Es schein sich in diesem Falle wieder einmal das merkwürdige Spiel abzurollen, daß die zufällige Mehrheit von 52 Mandaten die Sozialistische Partei zu der Meinung veranlasse, daß hier ein Druck ausgeübt werden könne.

Die weiteren Ausführungen der Rednerin werden wiederholt von lebhaften Zwischenrufen der sozialistischen Gemeinderäte und Gegenrufen sowie Beifallskundgebungen ihrer eigenen Parteigenossen unterbrochen.

Es ist jedenfalls für die Wiener Bevölkerung sehr wichtig, erklärt sie schließlich, einmal feststellen zu können, wie hier von der sogenannten Mehrheit des Rathauses das demokratische Recht einer freien Willensbildung eingeschränkt wird. Aus diesem Grunde werde an den Bürgermeister die Anfrage gestellt, was er in dieser Frage zu tun gedenke, bzw. werde von ihm erwartet, daß er in Hinkunft solche Übergriffe abstelle.

Bei der Abstimmung wird der Anfrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Die Beantwortung wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Die Dringlichkeit einer Anfrage der GR. Hausner und Genossen (LBl.), betreffend Delogierungen und Beistellung von Ersatzwohnungen, wird von dem Antragsteller Hausner begründet, der Anfrage jedoch gleichfalls die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Die Antwort wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Auch der vom Gemeinderat Lauscher (LBl.) begründete Antrag, betreffend Forderungen der Wiener Arbeitslosen wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt und die Anfrage dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Unter den Tagesordnungspunkten, die ohne Debatte angenommen wurden, befand sich die Errichtung von 400 Dachgeschoßwohnungen, die Errichtung einer Badeanlage zur Durchführung von Unterwassertherapien in der Sonderschule für körperbehinderte Kinder, 15., Kauergasse, der Wiederaufbau des städtischen Wohnhauses, 3., Baumgasse 43, die Erweiterung des Bauloses "Schwarze Haide" der Liesingbachregulierung mit einem Kostenaufwand von weiteren 800.000 Schilling, die Gewährung einer Subvention von 5.000 Schilling an die Bezirksstelle Klosterneuburg des Roten Kreuzes und mehrere Abänderungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

Bürgermeister Jonas schloß die Sitzung um 22.55 Uhr.

Abbau der städtischen Flüchtlingslager  
=====

22. November (RK) Die Gemeindeverwaltung betreut gegenwärtig in sieben Lagern 2.433 Heimatvertriebene und in den Heimen in Meidling und Neuwaldegg 213 rekonvaleszente Flüchtlinge. Unter diesen 2.646 Heimatvertriebenen befinden sich 548 Kinder unter 14 Jahren. Eine immer größere Zahl dieser Flüchtlinge erwirbt die österreichische Staatsbürgerschaft und wird vom Wohnungsamt aus den Lagern herausgenommen und meist in Ersatzwohnungen untergebracht. Immerhin sind jetzt noch 296 Personen in den städtischen Flüchtlingslagern, die bereits seit längerer Zeit die Staatsbürgerschaft erlangt haben.

Von den anderen Insassen sind 1.438 Jugoslawen, 530 Deutsche aus der Tschechoslowakischen Republik und schließlich 275 Rumänen; kleine Gruppen bilden Reichsdeutsche, Ungarn und Polen.

Wie Vizebürgermeister Honay in einem Vortrag über die Wiener Wohlfahrtspflege mitteilte, sind in diesem Jahr bereits 595 Flüchtlinge aus den Lagern in Normalwohnungen eingewiesen worden, so daß einzelne Notunterkünfte aufgelassen werden konnten. Der überwiegende Teil der Flüchtlinge ist in den beiden großen Lagern in Simmering und Penzing untergebracht.

Es wird möglich sein entsprechend der Zuweisungen von Wohnungen an Heimatvertriebene, die bereits die Staatsbürgerschaft erlangt haben, die kleineren Lager zu räumen. Ziel der städtischen Flüchtlingsfürsorge muß sein, alle Heimatvertriebenen aus den Lagern in die Gemeinschaft der Wiener einzugliedern.

Kindertransport der städtischen Erholungsfürsorge  
=====

22. November (RK) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 21. Oktober von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Kirchsschlag" gebracht wurden, am Dienstag, dem 25. November, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder um 15.25 Uhr vom Westbahnhof, Ankunftseite, abzuholen.

### 9. Österreichischer Städtetag

=====

Am 29. und 30. November im Wiener Rathaus

22. November (RK) Samstag, den 29., und Sonntag, den 30. November, wird im Wiener Rathaus der 9. Österreichische Städtetag abgehalten, an dem auch wieder bedeutende Kommunalpolitiker aus dem Ausland teilnehmen werden. Die Hauptreferate halten Stadtrat Johann Resch (Wien) "Der Finanzausgleich 1953 und die Finanzlage der Gemeinden"; Vizebürgermeister Karl Honay (Wien) und Bürgermeister Dr. G.A. Moosbrugger (Dornbirn) "Die große Stadt und die kleine Gemeinde - ihre Kraft und ihre Schwäche"; Oberstadtbaurat Dipl. Arch. Ing. Rudolf J. Boeck (Wien) "Grundlagen für die gute Ortsplanung".

Die Tagung beginnt am Samstag um 10 Uhr mit der Eröffnungsansprache des Obmannes des Österreichischen Städtebundes und Bürgermeisters der Stadt Wien, Franz Jonas. Hierauf folgen die Wahl des Präsidiums und die Berichte des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes, Bundesrat Hans Riemer.

Geehrte Redaktion !

=====

Wir erinnern noch einmal daran, daß für den 9. Österreichischen Städtetag Gastdelegiertenkarten zur Verfügung stehen. Wir bitten Sie, Ihren Bedarf bis Montag, den 24. November, unter der Nummer B 40-500, Klappe 044, anzufordern.

Pferdemarkt vom 20. November

=====

22. November (RK) Aufgetrieben wurden 30 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 23 verkauft, unverkauft blieben 7. Der Marktverkehr war normal.

Herkunft der Tiere: Wien 1, Niederösterreich 18, Oberösterreich 5, Salzburg 3, Kärnten 3.

Musikveranstaltungen in der Woche vom 24. bis 30. November  
 =====

22. November (RK)

Datum:	Saal:	Veranstaltung:
Montag 24. Nov.	Brahmssaal(MV) 19.30	Lieder- und Arienabend Nadejshda Kasanzewa
	Kammersaal(MV) 19.30	Liederabend Hannes Swedberg
	Schubertsaal(KH) 19.30	Musikalische Jugend: "Musik der jungen Generation" (Lieder, Kammermusik und Klavierwerke von Wolfgang Gabriel, Peter Traunfellner, Gerhard Rühm)
	Musikakademie Hörsaal 66 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Anna Gertrud Huber (Zürich): "J.S.Bach - Werdegang eines Genies"
Dienstag 25. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Großes Konzert sowjetischer Künstler
	Brahmssaal(MV) 19.30	Klavierabend Vladimir Levinski
	Musikakademie Vortragssaal 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend Eda Schlatter (Californien); Werke von Scarlatti, Arne, Bach, Zeisl, Wright, Debussy
Mittwoch 26. Nov.	Gr.M.V.Saal 19.30	Arienabend Jovan Gligor (N.Ö. Tonkünstlerorchester)
	Brahmssaal(MV) 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Bach - Vivaldi - Abend (Kammerkonzert zugunsten der Studierenden der Akademie); Dirigent Wolfgang Gabriel
	Mozartsaal(KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Celloabend Gaspar Cassado
Donnerstag 27. Nov.	Gr.M.V.Saal 20.00	Großes Konzert sowjetischer Künstler
	Kammersaal(MV) 20.00	Liederabend Erna Grund
	Mozartsaal(KH) 19.30	Violinabend Anton Fietz; Collegium musicum Wien, Dirigent Kurt Rappf (Werke von J.S.Bach, V. Williams, F. Schubert, W.A. Mozart)
	Schubertsaal(KH) 19.30	Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert



22. November 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1800

Donnerstag 27. Nov.	Konservatorium der Stadt Wien Vortragssaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Hans Ulrich Staeps "Unser Weg zur Schuloper". 1. Abend
	Konservatorium der Stadt Wien Zimmer 22 20.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Vortrag Prof. André Espiau de la Maestre: "Die Kammermusik in Frank- reich von Gabriel Fauré bis Jean Francaix"
Freitag 28. Nov.	Brahmssaal(MV) 19.30	Liederabend Ljuba Welitsch; am Flügel Prof. Franz Salmhofer und Dr. Erik Werba (Lieder von Marx, Salmhofer, R. Strauß, Gretschaninoff, Rachmaninoff)
	Schubertsaal(KH) 19.30	Lieder- und Arienabend Marianne Thiel
	Musikakademie Vortragssaal 19.30	Akademie für Musik u.d.K.: Kompositionsabend Horst Ebenhöf und Dr. Ilja Marinkovics
	Konservatorium der Stadt Wien Konzertsaal 19.00	Musiklehranstalten der Stadt Wien: Klavierabend Prof. Lew Oborin vom Konservatorium Moskau
Samstag 29. Nov.	Gr.M.V.Saal 11.00	Theater der Jugend: Konzert für die Jugend (Wiener Symphoniker, Dirigent Hans Swarowsky)
	Gr.M.V.Saal 15.00	Wiener Philharmoniker: 2. Abonnementkonzert; Dirigent Dr. Wilhelm Furtwängler
	Brahmssaal(MV) 19.30	Klavierabend Rudolf am Bach
	Mozartsaal(KH) 19.30	Wiener Konzerthausgesellschaft: Klavierabend Walter Kamper
Sonntag 30. Nov.	Gr.M.V.Saal 11.00	Wiener Philharmoniker: 2. Abonnementkonzert; Dirigent Dr. Wilhelm Furtwängler
	Gr.M.V.Saal 16.00	Konzert der Wiener Sängerknaben
	Gr.M.V.Saal 19.30	Gesangverein "Freie Typographia": Chorkonzert
	Brahmssaal(MV) 14.30	Männergesangverein "Arminius": Chorkonzert

Sonntag	Brahmssaal(MV)	Musikalische Jugend:
30. Nov.	17.00	Voraufführung des 2. Abends im Zyklus "Meisterwerke der Kammermusik"; Musikvereinsquartett
	Mozartsaal(KH)	Schülerkonzert Anna Lavicka
	15.00	
	Schubertsaal(KH)	Chorverein Danubia:
	19.30	Chorkonzert
	Schubertsaal(KH)	Konzert des Krause-Quintetts
	15.00	

### Marktordnung für den neuen Blumengroßmarkt

=====

22. November (RK) In einer Kundmachung des "Amtsblattes der Stadt Wien" wird die Marktordnung für den neuen Blumengroßmarkt am Phorusplatz bestimmt. Der Markt findet an allen Wochentagen während der Wintersaison von 7 bis 10 Uhr und im Frühling und Sommer von 6.30 bis 10 Uhr statt. Die zum Markt gebrachten Blumen und Pflanzen dürfen nur in gewissen Mindestmengen verkauft werden.

Zum Beziehen des Marktes sind sowohl landwirtschaftliche Produzenten als auch der Großhandel und schließlich die sogenannten Waldgänger berechtigt. Die Marktplätze zur dauernden Benützung und die Kellerräume in der Halle werden von der Marktbehörde zugewiesen. Hunde dürfen auf den Blumenmarkt nicht mitgenommen werden.

### Französische Stemmer im Rathaus

=====

22. November (RK) Die französische Stemmermannschaft, die morgen Sonntag im Konzerthaus einen Länderkampf gegen Österreich austragen wird, wurde heute vormittag im Wiener Rathaus von Vizebürgermeister Honay empfangen. Der Vizebürgermeister schilderte den französischen Gästen die Kriegszerstörungen in Wien und berichtete über die große Arbeit, die zu deren Beseitigung notwendig war. Er sagte, er hoffe, daß die wenigen Tage, die die Franzosen in Wien verbringen werden, angenehm verlaufen und wünschte der Veranstaltung einen guten Erfolg.

Dem Empfang wohnten auch Funktionäre des Österreichischen Arbeiterkraftsportvereins mit Präsident Wunderer bei.

Bis Jahresende:Turngeräte für 14 Turnsäle  
=====

22. November (RK) Auf Antrag von Stadtrat Mandl hat der Gemeinderatsausschuss für Kultur und Volksbildung in der vergangenen Woche einen zusätzlichen Betrag von 200.000 Schilling für Turnsaaleinrichtungen bewilligt. Bis zum Jahresende können dadurch noch 14 wiederaufgebaute Turnsäle in Wiener Schulen mit den erforderlichen Turngeräten ausgestattet werden.

In der gleichen Sitzung wurden auch den Wiener Sportorganisationen für November aus Sportgroschenmitteln zur Ausgestaltung und Einrichtung ihrer Plätze 150.000 Schilling zur Verfügung gestellt. 15.000 Schilling bekam die Arbeitsgemeinschaft des Wiener Wintersport-Unfallrettungsdienstes zur Durchführung ihrer Aufgaben im Winter 1952/53.

Ein Ehrentag für Gemeindebedienstete  
=====

22. November (RK) Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten veranstaltete heute nachmittag zu Ehren ihrer Mitglieder, die 25, 35 und 40 Jahre im Dienste der Stadt Wien stehen und 25, bzw. 40 Jahre der Gewerkschaft angehören, im Großen Saal des Konzerthauses eine Festakademie. In Vertretung der Stadt Wien waren Bürgermeister Jonas, Vizebürgermeister Honay, die Stadträte Bauer und Mandl, Magistratsdirektor Dr. Kritscha sowie zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre erschienen.

Namens der Stadtverwaltung beglückwünschte die 935 Jubilare zu ihrem Ehrentag Bürgermeister Jonas, der ihnen den Dank und die Anerkennung für die im Interesse der Gesamtbevölkerung geleistete Arbeit aussprach. Er verwies besonders auf ihre Tätigkeit, die sie in kritischen Zeiten auf verantwortungsvollen Posten zu verrichten hatten. Der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft der Gemein-

bediensteten, Landtagsabgeordneter Pölzer, dankte den Jubilaren für ihre Treue zur Gewerkschaftsbewegung. Auch er erinnerte an die Nachkriegsjahre, in denen die öffentlichen Bediensteten der schwerkgeprüften Stadt durch ihre Arbeit wieder Leben gegeben haben. Als letzter sprach der Obmann der Hauptgruppe I, Alfred Ziegler, den Gewerkschafts- und Dienstjubilaren seine Glückwünsche aus und forderte sie auf, auch weiterhin dem Gewerkschaftsgedanken die Treue zu halten.

Im reichhaltigen Programm der Festakademie wirkten das Symphonieorchester der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, der Vereinigte Männerchor der Wiener Stadtwerke, ein kleines Orchester der Wiener Gaswerke sowie prominente Vertreter der Wiener Bühnen und des Rundfunks mit. Alle Mitwirkenden ernteten für ihre Darbietungen großen Beifall der Jubilare und ihrer Familienangehörigen.

Am kommenden Samstag werden im Konzerthaus weitere 900 Jubilare der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten geehrt.